

Die auswärtige Politik der Regierung.

Müllers Rede.

Nach dem Ministerpräsidenten ergreift in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung der Reichsminister des Reichens Müller das Wort. Er führte aus:

Als das Staatsvolk, welches das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt hat, das die Förderung der internationalen organisierten Arbeiterklassen, wie sie in Vorn und Rechts formuliert wurden, zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein. Durch den höchsten Frieden gestellt, müssen wir dennoch versuchen, auf den freiesten Wegen vorwärts zu schreiten. Nur so können wir moralische Eroberungen in der Welt machen. Die Welt soll sich davon überzeugen, daß der Verlust von zwei Millionen Toten, die dieser Krieg Deutschland gekostet hat, in dem deutschen Volke die Überzeugung gezeugt hat, daß Ewigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei auszufochten werden dürfen.

Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine so gründliche Ausrüstung auferlegt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Sieger liegt. Aber diese Ausrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten bestimmt. Zu einem Segen für die ganze Welt wird die Ausrüstung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird. Die Erreichung dieses letzten Zieles zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Die Seele unserer Jugend soll nicht durch Haft- und Gefängnis vergiftet werden. Der Chauvinismus war bei allen Völkern eine der Quellen, die zu diesem Kriege geführt haben. Die letzten Jahre des Krieges hatten bereits die militärischen Auffassungen in den breiten Massen unseres Volkes völlig unterhöhlt; nur dadurch konnte die Revolution in den Novembertagen des vergangenen Jahres so unblutig siegen, sich so rasch über ein großes Reich ausbreiten, wie noch niemals eine Revolution in der Geschichte.

Den neuen Geist des Rechts zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kommen und deren Verlangen nach kultureller Autonomie und nach Gehör für die deutschen Minderheiten um so sicherer erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, daß das deutsche Volk gemeinsam mit seinen Nachbarn die gerühmte europäische Kultur wieder aufbauen will. Wir müssen die Welt von unsrem

unerschütterlichen Friedenswillen

aber auch bestand überzeugen, damit die Politik der Koalitionen, die in letzter Linie zu diesem Weltkriege geführt hat, in absehbarer Zeit beseitigt wird. In Versailles wurde bereits eine neue Koalition begründet; gleichzeitig mit dem Versailler Vertrag wurde das französisch-englisch-amerikanische Abkommen geschlossen, das Frankreich gegen einen probierten Angriff Deutschlands schützen soll.

Andererseits spezifizieren in Deutschland bereits politische Parteien die auf die Möglichkeit künftiger Genossenschaften. Sie hoffen auf die Uneinigkeit der Sieger und sehen bereits eine Allianz der Angustierten im Werden. Der Verlauf der Friedensverhandlungen gibt uns wahrlich kein Recht, zu erwarten, daß demnächst solche Bündnisse entstehen und Bestehen für unsere Sache bringen könnten. Wegen die ungelöste Politik der Allianzen arbeiten wir am besten, indem wir uns an keiner beteiligen und so den Boden für einen wirklichen Bund der Völker vorbereiten.

Unsere tatsächliche Bereitschaft zum Eintritt in einen Völkerbund erklären wir dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern im Frieden zu leben. Ein Völkerbund ohne das deutsche Volk und ohne das russische Volk ist kein Völkerbund. Nur ein ganz anders ausgestalteter, alle, die guten Willens sind, umfassender Völkerbund kann den großen Aufgaben gerecht werden, die nach fünfjähriger Waffenvernichtung von Danksagen und Gähnen sich der Menschheit stellen.

Gerade wie Deutschen haben ein Interesse daran, daß ein Völkerbund entsteht, der zu einem wirklichen Instrument des Fortschrittes wird, und der uns den besten einen Ausweg zeigt aus den ungeheuren Schwierigkeiten, in die uns der Vertrag von Versailles verlegt.

Wir haben in den Vorkriegsverhandlungen nachdrücklich auf das Unerträgliche und Unerfüllbare

hingewiesen, das nach unserer Auffassung so viele Bestimmungen des Vertrages enthalten. Wir haben uns unter dem Zwang der Verhältnisse verpflichten müssen, den Vertrag lokal zu erfüllen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Möglichkeiten ernst ist, wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen legitimen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden, daß wir für eine gemeinsame Arbeit zur Wiederaufrichtung der darniederliegenden europäischen Kultur eine solche Revision für unerlässlich halten.

Es war höchste Ungerechtigkeit, dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Beteiligung zu verwehren, mit der unbilligen Begründung, daß das deutsche Verlangen auf dem Gebiete der kolonialen Politikation deutsch hergestellt worden sei. Das deutsche Volk hat nicht vergessen, daß es ein Opfer des deutschen Einmarsches wurde. Keine deutsche Kulturpropaganda könnte gegen diese Tatsache auskommen. Wenn wir jetzt daran gehen, durch werksfähige Opfer Wiedergutmachung zu üben, so wird damit auch der Weg zur Verständigung mit dem belagerten Nachbarvolke allmählich geordnet werden, das in diesem Kriege unendlich gelitten hat, als irgendein anderes Volk.

Die verwüsteten Fluren Karpatenlands würden ein erhebliches Bild. Der Krieg hat Begleiterscheinungen im Gefolge gehabt, von denen der Mensch der Friedenszeit sich mit Abscheu absetzen möchte. Doch die objektive Kriegsgeschichte wird in Würdigung dieser verurteilten Vorkommnisse berichtigt werden: Wir waren Väter aller.

Der Krieg erschüttert die Seele eines Volkes unjenseits, je mehr es von ihm mitgenommen wurde. Kein Volk hat aber, abgesehen von jenen, die Lote verloren, solche Verwüstungen erlebt und soviel Opfer bringen müssen, als das französische Volk. Zeigen wir deshalb Verständnis für die derzeitige Mentalität dieses Volkes. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräfte am Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzumachen,

so wie wir das freiwillig versprochen haben. Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, an die deutschen Techniker und Architekten, daß sie sich bereit halten, wenn der Ruf an sie ertönt, aus den trübsamen Ruinen jener Gegenden wieder blühendes Leben zu schaffen. Die werksfähige Hilfe, mit der wir uns dieser Aufgabe der Wiedergutmachung unterziehen wollen, das soll unsere Revanche sein. (Beif. andauernder Beifall links, Applaus rechts.)

Die Reden, die wir in letzter Zeit von französischen Staatsmännern gehört haben, und Kopen, die uns — der Frieden ist ja noch nicht voll hergestellt — von militärischer Seite durch die Waffenstillstandsverhandlungen übermittelte wurden, verriet uns

gang die Sprache der Kriegszeit. In diesem Zusammenhang will ich auch kurz auf jenen Versuch in Berlin eingehen, der in Frankreich so große Erregung hervorgerufen hat. In Berlin wurde der französische Unteroffizier Manheim in der Nacht zum 12. Juli tödlich verletzt. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Hoffentlich gelingt es bald, den Täter einwandfrei festzustellen, damit dieses Verbrechen seine gebührende Sühne findet. Die französischen Soldaten, die sich in Berlin aufhalten, haben Anspruch auf Schutz. Nun soll nach der Note des Reichsausschusses die Stadt Berlin mit einer Streife von einer Million Franken im Geld belegt werden. Dazu fehlt selbst im Kriegsjahr jede Notwendigkeit. Solche Maßnahmen können nicht der Verleumdung der Völker dienen.

Von dem Geiste der Versöhnung.

Der die neue Zeit beherrschen soll, ist in den Reden der meisten Staatsmänner der Orientie zur Zeit überhaupt noch wenig zu spüren. Ich will für heute nur Herrn Lloyd George eine kurze notwendige Antwort auf die Rede geben, die er im englischen Unterhaus hielt, als er den Versailler Vertrag zur Genehmigung vorlegte. Lloyd George sagte dort, der Friedensvertrag bezeuge, an Deutschland ein Beispiel zu statuieren. Das scheint allerdings so zu sein; aber das bekräftigt, das der Vertrag ein Versuch des Nobelpreisträgers ist. Auch im britischen Imperium haben sich Männer gefunden, die in diesem Vertrag nicht die höchsten Forderungen von Gerechtigkeit und Gerechtigkeit erblickt haben, wie das der englische Premierminister vom Vertrage behauptete. Was soll es aber heißen, wenn Lloyd George von dem Reichsausschuss, das in den Völkerbund aufgenommen werden will, die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik in den letzten 100 Jahren ein bitterer Fehler gewesen sei. In den letzten 100 Jahren hat die englische Politik mehr an der Seite der preussischen gestanden als an der Seite eines anderen Volkes. Das ist heute alles vergessen. Sollen die letzten 100 Jahre für uns ein bitterer Irrtum gewesen sein, so hätten wir uns nicht allein zu ärgern und wir würden dazu berufen, für die bitteren Irrtümer der britischen Politik mit die Rede zu zahlen.

Nach und nach alle die Probleme gelöst, die die Liquidation des Weltkrieges aufgeworfen hat, noch immer wird in Versailles verhandelt. An Stelle der Probleme, die vor dem Jahre 1914 Europa kennzeichneten, sind Dutzende neuer getreten. Die sich die Ökonomie in Gangen in der nächsten Zukunft gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Ueber Deutschlands zukünftige Entwicklung zu sprechen, ist gewislos. Seit Jahr und Tag wird der baldige Untergang der Sowjetmacht in Aussicht gestellt. Wir müssen uns aber heute noch an die Tatsache halten, daß in den Grenzen des russischen Lebens, insbesondere in Moskau, Lenin noch herrscht. Der Dreier Friede ist annulliert. Er war eine Kriegsmaßnahme. Auch wenn er nicht annulliert worden wäre, hätte das deutsche Interesse seine Ausübung verboten. Für die deutsche Regierung muß als Grundgesetz feststehen, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einmischen, ebenso wie wir uns eine russische Einmischung in unsere eigenen inneren Angelegenheiten verweigern. In osteuropäischen Ländern wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die russische bolschewistische Bewegung von der deutschen Regierung unterstützt würde, und daß wir bestrebt seien,

den Bolschewismus nach Westeuropa zu tragen.

In Deutschland braucht sich nicht zu befürchten, wie falsch diese Behauptungen sind.

Im Norden des ehemaligen russischen Reiches sind neue Staatsgebilde entstanden. Ein lettischer Staat ist dabei, sich zu konsolidieren. Die Estnische Republik hat bereits ein festes Geßige. In beiden Ländern findet man für die Selbstständigkeit in dem Glauben, daß eine preussische Militärpolitik ihnen wieder einmal gefährlich werden könnte. Diese Bestürzungen stützen sich auf Vorgänge, die sich auf militärischem Gebiete abspielte haben. Die Regierung der deutschen Republik wünscht gute Beziehungen zu den Völkern jener Länder. Das wird um so mehr der Fall sein, je mehr man in jenen Ländern einsehen wird, daß die Deutschen nicht beabsichtigen, ihre Kultur mit Maschinengewehren in andere Länder zu tragen.

In diesem Zusammenhang will ich gleich auf

die Vorgänge im Baltikum

eingehen. Ein Beschluß, das Baltikum von deutschen Truppen zu räumen, wurde bereits von dem früheren Kabinett gefaßt. Wenn die Räumung tatsächlich bisher nur teilweise erfolgt ist, so war daran nicht allein die Schwierigkeit des Warentransportes schuld, sondern auch die ungelöste politische und militärische Lage, und damit zusammenhängend die Sorge um Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung jener Gegenden. Jetzt ist dort eine neue provisorische lettische Regierung gebildet, der von allen alliierten Regierungen Waffen und Munition geliefert wurden. Die Verhandlungen über die völlige Räumung sind im Gange. Die Regierung hat ganz unambigüer erklärt, daß sich die Räumung Lettlands so schnell wie möglich zu vollziehen hat.

Am Baltikum steht neben reichsdeutschen Truppen die lettische Landwehr. Von den Freiwilligen, die in jenen Gegenden kämpften, hatten sich viele in der Hoffnung auf Anstellung amwerben lassen. Die frühere lettische Regierung, die übrigens noch am 23. Mai gebildet wurde, die reichsdeutschen Truppen noch für einige Zeit in Lettland zu lassen, hatte fremdbürtigen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen für die Befreiung des Gebietes des lettischen Staates tätig waren, durch Vertrag vom 22. Dezember 1918 das volle Staatsbürgerrecht zu gewähren versprochen. Dadurch sollte diesen Freiwilligen die Anhebung ermöglicht werden. Die derzeitige lettische Regierung erkennt diese Rechte nicht an, sie führt sich dabei auf den Friedensvertrag, nach welchem alle Verträge und Abmachungen zwischen Deutschland und den Staaten, die früher zum russischen Reich gehört haben, hinfällig geworden sind. Das ist

für viele Freiwillige eine schmerzliche Enttäuschung.

Wir haben aber keine Möglichkeit, diese Mitglieder der lettischen Landwehr in ihren Forderungen nach dem versprochenen Einbürgerung mit Erfolg zu unterstützen. Leider sind bis zur Stunde noch von Verweigerung freiwillige mit Aussicht auf Anhebung in Deutschland geworden worden, obwohl das Kabinett bereits am 5. Mai beschlossen hat, daß Interessierte jenseits Auslieferung zum Eintritt in die lettische Landwehr nicht mehr gebildet werden sollen.

In die inneren politischen Verhältnisse Lettlands wird sich die Regierung, wie das ganz selbstverständlich ist, in keiner Weise einmischen. Sie ist der Auffassung, daß dadurch die Basis für ein freundschaftliches und friedliches Verhältnis zum lettischen Volke geschaffen und damit auch den in jenen Gegenden wohnenden deutschen Minderheiten auf die Dauer am besten gebient sein wird.

Wir hoffen, daß sich zu dem entscheidenden litauischen Staatswesen, dessen Bildung von uns gefördert wurde, gute Beziehungen erhalten lassen. Uebergriffe deutscher Truppenkräfte, die nicht mehr in der Hand der Führer mara, werden von uns aufreißig bedauert. Auch das litauische Gebiet wird schrittweise von uns völlig geräumt werden.

Die Wiederaufrichtung Polens

und seine Erziehung auch auf Gebiete des bisherigen Deutschen Reiches ist die wichtigste Veränderung im neuen Osten. Deutschland und Österreich haben am 6. November 1918 zuerst die Selbstständigkeit Polens verurteilt. Ohne die deutschen Siege jener Jahre hätte Polen sicherlich nur Autonomie im Rahmen des russischen Reiches erhalten. Millionen Deutscher stehen in Zukunft unter polnischer Herrschaft. So hat der uns distanzierte Frieden die vitalen Interessen beider Staatswesen nicht geachtet. Trotzdem wollen wir uns bemühen, gute, auskömmliche Verhältnisse zwischen beiden Teilen zu erzielen. Wir wollen in unmittelbaren Verhandlungen mit Polen die Schäden des Friedensvertrages nach Möglichkeit mildern. Der Übergang der abzutretenden Gebiete in polnische Hand soll sich ohne Kämpfe und Gewalttätigkeiten vollziehen. Ich gebe der festen Überzeugung Ausdruck, daß die behauerliche Grenzvergriffe an der Demarkationslinie fürderhin unbeschrieben. Ich werde die notwendigen Schritte unternehmen, damit für die Freiheit der Abstimmung Gewähr geleistet ist.

Schließlich danke ich im Namen der Regierung der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken für ihre ruhige und würdige Haltung in dem großen Unglück, das Deutsche infolge der Wiedergewinnung von Deutschen bewohnter Gebiete betroffen hat. Sie mögen die Übergangung behalten, daß sie auch jenseits der Grenze nicht vergessen werden.

Die herkömmlichen Beziehungen verbinden und nach wie vor zu unseren österreichischen Vorkämpfern.

Die deutsch-österreichische Regierung verhandelt zur Zeit noch über die Zukunft ihres Landes. Wir wurden gewarnt, die Grenzen anzuerkennen, die für das deutsch-österreichische Staatsvolk festgelegt werden sollen, und wir mühten dessen Unabhängigkeit als unabänderlich anzuerkennen, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Das war für uns eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In unseren Beziehungen zu Deutsch-Österreich erwarten wir eine baldige Korrektur, denn Deutsch-Österreich und des Reiches Stämme wollen zu einander. Wir werden deshalb alle friedlichen Mittel erschöpfen, bis wir wieder nach Schillers Wort ein einziges Volk von Völkern sind. (Wiederholter, lebhafter Beifall.)

In unserer Grenze ist ferner aus der Masse des alten tschechischen Reiches als neues Staatsvolk

die tschechoslowakische Republik

entstanden. Von der Klugheit der Männer, die an ihrer Spitze stehen, erwarten wir, daß sie mit uns an einem Ausgleich arbeiten, der ihrem Lande und dem unseren gute Beziehungen garantiert.

Nicht vergessen wollen wir endlich auch unserer früheren Bundesgenossen,

des bulgarischen und des türkischen Volkes,

die in vergangenen Jahren auf unserer Seite standen und jetzt mit uns leiden. Wir sind nicht in der Lage, ihnen bei den Verhandlungen mit den Gegnern zur Seite zu stehen. Wir wurden gewarnt, im Voraus die harten Bestimmungen anzuerkennen, die unsere Gegner jenseits über die verbündeten Völker während des Krieges haben wir die Türken und Bulgaren ernst kennen gelernt; soweit es an uns liegt, sollen die freundschaftlichen Bande den Zusammenbruch des Völkerbundes überdauern.

Zuletzt, aber nicht zum geringsten, lassen Sie mich der neutralen Länder gedenken, die uns in den vergangenen Friedensjahren in so vieler Beziehung Mitleid gewesen sind. Es ist sich seiner besondern Dankeschuld bewußt gegenüber den Ländern, die auch in diesem Sommer erholungsbefürdige deutsche Länder bei sich aufnehmen und pflegen, wie dies die Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Finnland in ebendertiger Weise tun.

Auf Grund des Friedensvertrages wird die Bevölkerung des nördlichen Schottland durch Abstimmung über ihre fernere Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben. Im Interesse der Erhaltung der guten Beziehungen, die zwischen Dänemark und Deutschland bestehen, liegt es, daß diese Abstimmung ein Ergebnis hat, das in keinem Sinne eine Trennung zurückführt. Trotz der unerwarteten Erscheinungen, die in letzter Zeit in gewissen deutschen Kreisen der Abstimmungsgebiete zu verzeichnen sind, erwarten wir doch, daß durch die nationale Haltung des größeren Teiles der deutschen Bevölkerung eine Grenzführung erfolgt, die den nationalen Angehörigkeit der Bewohner möglichst Rechnung trägt.

Um die geschäftsmäßige Behandlung der aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Aufgaben zu erleichtern, ist im russischen Amt

eine besondere Friedensabteilung

eingerrichtet worden. Bei ihrer Organisation ist der größte Wert darauf gelegt worden, von vornherein ein vollständiges Zusammenarbeiten aller beteiligten Stellen zu sichern.

Unter den Verpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt, kann man zwei Kategorien unterscheiden. Es handelt sich einmal um Verbindlichkeiten, die wir ohne weiteres zu erfüllen haben und bei denen irgendwelche Verhandlungen nicht mehr in Frage kommen. Auf der anderen Seite aber gibt der Friedensvertrag, der wohl das ersprechendste Beispiel einer Societas Leonina ist, allen unseren bisherigen Gegnern eine gewaltige Zahl von Rechten und Befugnissen, der auf unserer Seite keine Gegenrechte, sondern nur Verpflichtungen gegenüberstehen. Dennoch liegt in diesen Bestimmungen eine große Möglichkeit. Trotz der schweren Niederlage, die Deutschland erlitten hat und trotz der schweren Erschütterungen, unter denen es in den letzten Monaten gelitten hat und noch leidet, bleibt das Deutsche Reich ein politisches und wirtschaftlicher Faktor, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Es ist unmöglich, dauernd den Grundbruch der Gewalt und gegenüber zu vertreten. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß unsere Gegner sich davon überzeugen werden, daß sie besser fahren, wenn sie nicht einseitig alle ihnen eingeräumten Rechte Deutschland gegenüber in Anspruch nehmen. Ich denke in dieser Beziehung insbesondere an die nach dem Vertrag an sich schuldige Wiedergutmachung des Eigentums der russisch-deutschen. Ich will gar nicht von Gerechtigkeit sprechen und mich in keine Polemik darüber einlassen, wer denn eigentlich

den Weltkrieg

angefangen hat. Wer denn jetzt in feindlichen Ländern sagt übergegangen wird, die Wohnsitzverhältnisse der vertriebenen russisch-deutschen zwangsweise zu verlassen, wenn ein gleiches Schicksal, wie behauptet wird, wirtschaftlichen Auswirkungen deutscher Forscher droht, die aus Krieg-Vorgängen ausgeschlossen worden sind, so muß man sich doch fragen, was denn eigentlich derartige Maßnahmen nach Unterzeichnung des Friedens noch für einen Sinn haben sollen.

Wenn der Geist höherer Neutralität alle Völker beherrschen wird, wenn überall der Ruf des Gewalt für immer verstummen wird, werden verurteilte Völker, was uns bisher nicht, produktiven Kräfte zum Wohle der gesamten Menschheit entwickeln können. Es muß wieder versucht werden, die haben anzuknüpfen, die uns mit den Völkern der amerikanischen Republiken, mit Italien und anderen Ländern verbunden. Das wird



Wichtige Politik wird in den nächsten Jahrzehnten in allererster Linie Wirtschaftspolitik sein müssen. Unser heutiges auf Boden des Handels und Gewerbes errichtetes und so unserem Volk in seiner Lebensnot helfen. Das wird nicht immer leicht sein. Wir müssen wieder einmal von vorn anfangen. Das soll und gelingt! Die Aufgabe der deutschen Diplomatie wird es in Zukunft mehr denn je sein, das kulturelle und wirtschaftliche Leben der anderen Völker kennen zu lernen, um es besser berücksichtigen zu können. Bessere, vertiefte Kenntnis des Auslandes, gleichzeitig aber auch des Inlandes und seiner wahren Bedürfnisse wird das erste Erfordernis des neuen auswärtigen Dienstes sein müssen. Und weiter: die Politik wird im Auswärtigen Amt nicht mehr von einer Abteilung gemacht werden können, der es an eigener und enger Fühlung mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben fehlt, und welche die Wirtschaftspolitik über die sozialen und grundlegenden Maßnahmen als minder wichtig technisch nachgeordneten Abteilungen überlassen zu können glaubt. Die Zusammenfassung dieser Arbeiten zu einem organischen, nicht zufälligen vernünftigen Ganzen ist unerlässlich. Die notwendigen Reformen in meinem Dienste werden von mir energig in Angriff genommen werden.

Es wird unsterblich Anstrengung bedürfen, wenn wir allmählich wieder unseren alten Platz in der Weltwirtschaft erringen wollen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt durch ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, wobei uns die Hauptaufgabe des Weltverkehrs eine wesentliche Hilfe sein wird. Um unserer Exportware den Auslandsmarkt wieder zu eröffnen, müssen wir tradieren, durch Spezialabmachungen mit den einzelnen Staaten die uns im Friedensvertrag versagte Wirtschaftstätigkeit wieder sicherzustellen. In diesen Spezialabmachungen werden wir zugleich den Erfolg für die durch den Krieg und den Friedensvertrag weggefallenen Handelsverträge schaffen müssen. Auf Tarifhandelsverträge, deren letzter in nicht zu ferner Zeit verschwinden dürfte, werden wir für absehbarer Zeit nicht mehr rechnen können. An ihre Stelle wird wenigstens zunächst das System der Wirtschaftsverträge treten müssen. Sind wir erst einmal wieder in der Lage, mit unseren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt zu erscheinen, dann wird sich auch der schlechte Kursstand unserer Mark wieder heben.

Von allen wichtigen Aufgaben möchte ich nur noch erwähnen den

Wiederaufbau unserer Handelsflotte

und die Sorge um den Schutz und das Wohlergehen derjenigen unserer Volksgenossen, die durch die Verhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden.

Bereits in die Wege geleitet ist eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Nachrichtenvermittlung, sowohl was seinen Umfang, wie die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung anlangt. Es ist hierfür eine besondere Stelle des Auswärtigen Amtes geschaffen worden.

Je mehr wir im Innern zur friedlichen Arbeit kommen werden, desto mehr werden wir Ansehen gewinnen bei den Demokratien der ganzen Welt.

Die Vertrauensatmosphäre, die Europa braucht, wenn es auf die Dauer in Ruhe atmen will, muß mit unserer Tätigkeit und Hilfe geschaffen werden. In den Dienst dieser Bestrebungen muß sich in erster Linie die auswärtige Politik stellen. Dieken wir in Werken des Friedens den Beweis, daß wir in allem Umfang democh eine große Nation sind, woran wir alle Methoden einer Volkspolitik, die ein für allemal der Vergangenheit angehört, Deutschland wird die Wiederherstellung seines Ranges unter den großen Völkern nur vom Beweise der demokratischen Idee bei uns und bei den anderen Völkern zu erwarten haben. (Schaffte Bravo links; heftiges Juchzen rechts, erneuter langanhaltender Beifall links.)

Danach schlägt der Präsident vor, die Sitzung zu verlassen. Nächste Sitzung: Donnerstag, 10 Uhr. Schluß 12 1/2 Uhr.

Parteilag der Grundbesitzer.

Der Parteilag der Demokraten eröffnete mehr und mehr den Händen seines Vorsitzenden und entfaltete die übliche Unfähigkeit dieser Partei. Stundenlange Geschäftsordnungsdebatten, Beschlüsse, die in der nächsten Minute umgeworfen werden, freudiger Beifall bei jeder Rede kennzeichnen am besten das Niveau der Versammlung. Die wichtigste Aufgabe dieser ersten Tagung, den Demokraten eine programmatische Basis zu geben, blieb hinter allem zurück. Allerdings scheint das den Delegierten ziemlich gleichgültig zu sein, konnte doch Herr Franzmann am Montag unter dem Beifall der Versammlung erklären, eine demokratische Weltanschauung existiere nicht. Die Folge dieser Grundbesitzerlosigkeit kennzeichnete Professor Obst schon am Sonntag: „Die Massen werden irre an der Partei!“

Herr Franzmann eröffnete die Sonntagssitzung mit einem Referat über die Aufgaben der Demokratie in der auswärtigen Politik.

Er begann mit einer Kennzeichnung des alten Systems, die eine Fortsetzung der früheren Politik als unmöglich zeigte. Nachdem er das längere auf den Friedensvertrag eingegangen war, behauptete er, daß Deutschlands Sozialpolitik für die ganze Welt vorbildlich sei. Deutschland müsse nun wieder suchen, wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland anzuknüpfen. Auch mit Rußland und Ungarn könne man in ein erfolgreiches Verhältnis kommen, sobald dort andere Regierungsformen beständen. Nach dem Referat über letzteren Beifall geendet hatte, erhielt Professor Gerold als erster Diskussionsredner das Wort. Er glaubt nicht an eine längere Lebenszeit der jetzigen Regierung und fordert auf, ruhig abzuwarten, bis Zentrum und Sozialdemokratie an die Demokraten um Eintritt in die Regierung herantreten. Inzwischen soll man eigene Politik machen. Was darunter zu verstehen ist, sagt er ebenfalls wie die anderen Redner. Freiherr von Richthofen verteidigt seine Unterzeichnungsposition und befürwortet einen baldigen Wiederertritt in die Regierung. Hat entgegen Herr Franzmann, daß die schwereren Folgen erst in einigen Monaten zu merken wären. Seine oft von Reichsrenten unterbrochene Rede gipfelte in einem scharfen Angriff gegen Erbsner.

Nach der Mittagspause ging Dr. Elias auf die Tätigkeit Schiffers ein, dem er reaktionäre Gesinnung vorwarf und befürwortete einen Antrag auf Einführung der dreijährigen Legislaturperiode.

Herr Schiffer, von Beifall und Juchzen empfangen, sucht seine Stellung zu verteidigen, betont dann aber die Notwendigkeit einer scharfen Trennung gegen links. Als sich Dr. Müller gegen Franzmann wendet, der Richthofens Politik durch persönliche Angriffe zu diskreditieren suche, und die Schuld am Krieg den deutschen Kriegsheeren und Planisten zuwerfe, wird er von der Versammlung, die die besagliche Kritik der Raumannschen Kriegspolitik nicht hören will, durch lebhaften Schlußruf unterbrochen. Götthein verteidigt die Stellung Richthofens durch die Behauptung von dessen Intention der Kriegspolitik zu erschüttern. Der Friede sei nur durch die Arbeit Erbsners und der Unabhängigen zu Stande gekommen. Darauf wurde eine Vertrauensabstimmung für die Fraktion wegen ihrer Haltung in der Friedensfrage angenommen.

Herr Franzmann sprach über die soziale Frage. Worte, die wohl von oberer Gesinnung, aber auch völliger Unkenntnis der sozialen Verhältnisse zeugten. Nachdem sich noch Reichert für den Einheitsgedanken erklärt hatte, über Professor Obst schärfe Kritik an der Partei aus, die wohl den Sozialismus ablehne, aber nichts an seine Stelle setzen könne.

Der Schluß der Tagung artete in eine ganz hemmungslose Debatte über die parteiliche Art der Geschäftsabwicklung des Versammlungsvorganges aus, der die Vertreter der oppositionellen Jugend gegenüber den anderen Mitgliedern gütlichsetzte.

Im 10 Uhr wurde die Montagssitzung eröffnet. Nach einem langatmigen Bericht des Herrn Marx über die Arbeit der Montagsprüfungskommission erhielt der Hg. Petersen das Wort, um einen großen Teil seiner Sonnenrede zu wiederholen. Kein Mensch sei sich über die Art einer Sozialpolitik im Klaren; die Zeit erfordere die Selbstorganisation der Wirtschaft. Ohne in seiner — rhetorisch abigenden plägenden — Rede diese Selbstorganisation näher zu erläutern, wandte er sich scharf gegen die antisemitische Rede und die Fortsetzung der Gewaltpolitik durch die Konserwativen. Graf Bernstorff erklärte nochmals, die Revision dieses Friedens werde nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgen. Noch bezeichnet als Hauptaufgabe der Partei die Erzielung von mehr Mandaten! Ein Antrag Feder auf Fortsetzung der dreijährigen Legislaturperiode wurde mit 208 gegen 303 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Gerold angenommen, in dem der übliche „flammende Protest gegen den Frieden“ erhoben wird.

Nach einer kurzen Pause erstattete Geheimrat Schreiber in über einhalbstündiger phrasenhafter Rede Bericht über die Reichstagsarbeit der Partei, die dann gegen wenige Stimmen angenommen wird.

Der bekannte Durchhaltepolitiker Dr. Franzmann nennt die deutsch-demokratische Partei die einzige Revolutionspartei. (1) Er erklärt, daß auch in der Demokratie die konervative Gesinnung notwendig sei. Dann kommt er auf die Rechtssozialisten: Unschicklicherweise hätten sie sich gemauert, und seien von ihrem Klassenstandpunkt zu dem der Demokraten herübergewechselt. Seitdem sie ihr Programm verfallen hätten, seien die Anschauungen beider Parteien eng verbunden und es gäbe keinen politischen Unterschied zwischen Rechtssozialisten und Demokraten! Dafür stünde jetzt aber der innere Feind, Spartakus, vor den Türen. Seine Rede hing in der Aufforderung aus, stets die Kinder an diesen Frieden zu erinnern, und zu handeln, wenn die Stunde komme. Wenn der Krieg einmal kommen sollte, dann würden die Löhne der Demokratie ihn führen, bis das Unrecht ab der Welt sei.

Es folgte noch kurzer Diskussion eine etwa einhalbstündige Geschäftsordnungsdebatte. Ein Antrag auf sofortige Vornahme der Geschäftsordnungsarbeiten wurde angenommen, dann wieder umgeworfen. Dann wurde über Schluß der Sitzung abgestimmt und angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch erklärt hatte, Franzmann wolle noch den Entwurf eines Telegramms an Hindenburg vorlesen und ein Referat über Kulturfragen halten, wurde die Tagesordnung beschlossen. — In dem Telegramm wurde dem Kaiser deutscher Pflichten erfüllt der unauflösbare Dank“ usw. verlesen. Die phrasenhafte Rede Franzmanns fand den begeisterten Beifall der Versammlung. Nachdem er die Verabschiedung des konfessionellen Unterrichts bekräftigt hatte, polemisierte er lebhaft gegen das Schulkompromiß der Rechtssozialisten! Die Inkonsequenz seiner Rede wurde nicht bemerkt. Gegen 7 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Die gestrige Sitzung beschloß den Parteilag. Zunächst sprach Dr. Franzmann über die Wirtschaft, als deren unerlöschliche Grundlage er natürlich den Selbstbesitz ansieht. Er glaubt, daß die Verhältnisse im monarchischen Deutschland besser als heute gewesen seien! Dann hielt Herr Gerold einen Vortrag über den Staat: „Wir dürfen keine Diktatur haben.“ Ein hartes Verurteilungsamt ist dringend notwendig! Gleich widerprüdend waren auch seine übrigen phrasenhaften Ausführungen.

Nach kurzer unessentieller Diskussion schritt man zur Verhandlung. Zum ersten Vorsitzenden der „einzigen Revolutionspartei“ wurde Friedrich Franzmann mit knapper Stimmenmehrheit gegen den Senator Petersen gewählt. Nach den lebhaft angelegten Kommissionswahlen ging die Diskussion über Kultur und Staat weiter. Sie brachte nur die alten Phrasen. Einzig Herr Professor Diepmann sprach scharf gegen die Todesstrafe. Ein Student geistliche Unfähigkeit der Regierung gegenüber der monarchischen Reaktion auf den Unterirdischen. Mit der Aufarbeitung des Parteiprogramms wurde eine Kommission beauftragt, die den neuen Entwurf einem außerordentlichen Parteilag Ende dieses Jahres vorlegen soll.

Mit einem Beschlusse zur republikanischen Staatsform schloß gegen 10 Uhr der Vorsitzende die Arbeit der Versammlung. (Aus Raumangel haben wir den Schlußbericht über den demokratischen Parteilag einige Tage zurückstellen müssen.)

Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Zweiter Verhandlungstag.

Frankfurt, 22. Juli.

Der Hauptkassierer Nehms gibt den Kassensbericht. Nach dem 9. November hat sich die Auswirkung der Revolution bemerkbar gemacht. Im ersten Quartal waren allein 108 827 Eintrittige zu verzeichnen, so daß jetzt über 970 000 Mitglieder vorhanden sind. Die Einnahme betrug im Jahre 1918 1 788 046,07 Mark. Dem steht in der Hauptklasse eine Ausgabe von 1 063 418,57 Mark gegenüber. Außerdem kommt eine Ausgabe in der Beihilfeklasse von 402 083,44 Mark hinzu. Der Gesamtschuld betrug 1 078 708,14 Mark. Nehms rechtfertigt noch die Kürzung bzw. die Einstellung der Unterhaltungsabgaben. Eine andere Maßnahme hätte zu einer finanziellen Katastrophe geführt. Die Presse verteidigt Redakteur Wagner. Gegen das Hilfsdienstgesetz konnten wir nicht Stellung nehmen, weil der Zentralverband eine andere Meinung vertritt. Auch konnten wir nicht die Schlichtungsausschüsse schädigen, denn dann wäre nicht mehr soviel für die Arbeiter herausgeholt worden. In der Haltung zu den Kriegsforderungen waren für die Reaktionen die Beschlüsse der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission maßgebend. Als Korrekturen zum Geschäftsbericht führt Rödel, Stuttgart, u. a. an, weshalb man mit der Rebellion und dem Vorstand unzufrieden war, lag in dessen Haltung zur Kriegspolitik. Die Aufhebung in den Instanzen ging dahin, daß man die bindenden Beschlüsse der Generalversammlung mißbraucht hat. Dann berührt Rödel die ihm vom Zentralverband übermittelte Klage, die nur erfolgen sollte, weil er der Opposition angehört. Von Stuttgart aus sei er denunziert worden, weil er für seine Partei Schriftsätze angefertigt habe. Deshalb habe man ihn entfernen wollen. Und das wollte der Zentralverband tun, der selbst fortgesetzt für die rechtssozialistische Partei Broschüren verleihe und für diese tätig war. Dem Redner wird lebhaft zugestimmt, als er die Unterdrückung der anderen Richtung durch den Zentralverband kritisiert. Freilich, wir haben schon in den ersten Kaputttagen 1914 gegen den Kapitalismus, gegen den Militarismus und gegen den Bürokratismus Stellung genommen, und nicht wie andere erst am 8. u. 9. oder 10. November. Man wollte die Diktatur des Zentralverbandes einführen. Auch die Verdrängung der „Gleichheit“ war eine Verletzung der Generalversammlungsbefehle. Schorf wendet er sich noch gegen eine Rede Krügel im „Textilarbeiter“, die mit den elementaren sozialistischen Begriffen in Widerspruch stehen. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung und sie haben mit der Befreiung der Massenherkunft beizutragen. (Beifälliger Beifall.) Der Verbandstag beschließt

dann, folgendes Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium abzusenden: „Sehr geehrte Herren! Wir, Mitglieder umfassenden Textilarbeiterverbandes, erheben im Namen der Reichswirtschaftsstelle für Textilindustrie die dringende Forderung der Staatshilfe für die Textilindustrie und erwarten die Ablehnung durch Reichswirtschaftsministerium.“ Es folgt nun die Diskussion über die gesamten Beschlüsse.

Erste Sitzung in der Metallindustrie.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der Generalversammlung am Montag, den 21. d. M., nahmen die Metallarbeiter Stellung zu den auf ihren Forderungen vom Verband Berliner Metall-Industrieller gemachten Gegenvorschläge. Der Bevollmächtigte Müsch berichtete über die Verhandlungen folgendes: Die Unternehmer haben zunächst Wert darauf gelegt, daß die zur Zeit bestehenden Einzelbewegungen beigelegt werden. Die Verhandlungskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes machte bei dieser Auseinandersetzung die Wahrnehmung, daß die Unternehmer sich in ihrer Generalversammlung auf Beschlüsse festgelegt haben, die eine gütliche Beilegung der Differenzen nicht ermbälht. Dies kam bei den Verhandlungen, die zur Beilegung der Bewegung der Schmelde führen sollten, sehr deutlich zum Ausdruck. Die Unternehmer haben eine Zentralkommission gebildet, die vollkommen mit diktatorischer Gewalt ausgestattet ist. Diese Kommission hat die Aufgabe, darauf zu achten, daß in den Betrieben Lohnherbahrungen, die über die Höhe hinausgehen, welche die Kommission festgelegt hat, nicht vorgenommen werden. Wo dieses doch geschehen ist, müssen die Löhne wieder rückgängig gemacht werden. Es werden hohe Geldstrafen von der Kommission festgesetzt gegen die Unternehmer, die höhere Forderungen gegen die Arbeiterschaft bewilligen. Der Unternehmer, welcher sich diesen Grundsätzen nicht fügt, hat mit der Strafe eines vollen Wochenlohnes für die gesamte Belegschaft zu rechnen; auch kann der Ausschluß aus der Organisation erfolgen. Auf Grund dieser Bestimmungen haben wir in den verschiedenen Betrieben zu verzeichnen, daß die Unternehmer die gemachten Zugeständnisse zurückgezogen haben. Das ist der Beweis, daß die Unternehmer sehr gut in der Lage sind, Zugeständnisse an die Arbeiterschaft zu gewähren. Nur dem diktatorischen Einfluß des Verbandes Berliner Metall-Industrieller ist es zu danken, daß diese Teilweise nicht zur Ausführung gekommen sind. Nach dem die Verhandlungen gescheitert sind, hat die Verhandlungskommission zur Beilegung der Schmeldebewegung eine fünfprozentige Erhöhung der Löhne als Provisorium vorgeschlagen. Die Unternehmer dagegen erklärten, diesem Provisorium nicht zustimmen zu können, das übersteige ihre Leistungsfähigkeit. So stehen die Schmelde weiter im Streik. Die Unternehmer gehen sehr gut über, in den Betrieben, wo Schmelde im Streik stehen, den übrigen Arbeitern zunächst eine verkürzte Arbeitszeit aufzuerlegen; in anderen Betrieben werden Tausende von Arbeitern gefänglich. Auf diese Weise sind in dieser Woche 1400 Arbeiter auswärts geworfen worden! Diese Maßnahmen zeigen, wie die Unternehmer auf eine Verschärfung der Situation hinarbeiten.

Entgegen den Vorschlägen der Verhandlungskommission für den abgelaufenen Vertrag drei Lohnklassen festzusetzen, haben die Unternehmer in ihren Gegenvorschlägen mit sechs Klassen für die Arbeiter und zwei Klassen für die Arbeiterinnen eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten herbeizuführen versucht. Entgegen den früheren Vertragsverhältnissen sieht jede Klasse einen Mindest- und Höchstlohn vor. Der Mindestlohn soll als Einstellungslohn gelten; mit dem Höchstlohn soll eine Steigerung des Verdienstes des Arbeiters nach seiner Arbeitsleistung behindert werden. Nicht man den Durchschnitt aus den für die einzelnen Klassen festgesetzten Löhnen, so ergibt sich eine sehr minimale Zulage für die gesamte Arbeiterschaft nach dem alten Vertrag, der durch die gegenwärtig bestehenden Lohnverhältnisse allerdings längst überholt ist. Hinzu kommt noch, daß die Unternehmer eine bestimmte Definition für die einzelnen Arbeiterkategorien festlegen wollen, so daß nur eine geringe Anzahl von Berufs den ersten und zweiten Lohnklasse angehören sollen. Es sollen sechs solcher Lohnklassen für Männer und zwei für Frauen geschaffen werden. Der Lohn soll betragen:

in der ersten Klasse	2,90—3,30 M.
„ „ „ zweiten „	2,70—3,00 M.
„ „ „ dritten „	2,60—2,90 M.
„ „ „ vierten „	2,40—2,70 M.
„ „ „ fünften „	2,20—2,50 M.
„ „ „ sechsten „	2,00—2,30 M.

Wir verlangen eine weitere Verringerung der Spannung zwischen dem höchsten und niedrigsten Lohn und ein Weglassen der oberen Grenze.

Die Unternehmer haben uns nun am Sonnabend durch ein Schreiben darauf hingewiesen, daß sie nicht in der Lage sind, andere Gegenvorschläge machen zu können. Die Verhandlungskommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat, da die Unternehmer eine Mehrbelastung durch höhere Löhne für die Industrie nicht für erträglich halten, darauf hingewiesen, daß den Arbeitern der Einfluß in die Verhältnisse von den Unternehmern nicht gestattet wird. Die Arbeiterschaft hat während des Krieges ihre Anforderungen auf Neuanschaffung ständig zurückstellen müssen, weil durch den Druck der damaligen Verhältnisse dieselben nicht in der Lage waren, sich frei entfalten zu können. Jetzt macht sich der wirtschaftliche Anspruch der Arbeiter geltend, weil dieselben vor dem Zusammenbruch ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse stehen. Wir müssen verlangen, daß die Unternehmer den gegenwärtigen mißlichen Zuständen, unter denen die Arbeiterschaft zu leiden hat, Rechnung tragen und können den Arbeitern die Annahme der Gegenvorschläge nicht anraten. Wir empfehlen den Arbeitern die Annahme folgender Resolution, die das Weiterwirken der Verhandlungskommission im Interesse der Metallarbeiter festlegen soll:

„Die am 21. tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nimmt Kenntnis von dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Da die Gegenvorschläge und Zugeständnisse letztgenannter Organisations so minimaler Natur sind, daß dieselben seitens der Generalversammlung den Berliner Metallarbeitern zur Annahme nicht empfohlen werden können, muß die Generalversammlung die Gegenvorschläge ablehnen.“

Die Verhandlungskommission wird darum beauftragt, dem Verband Berliner Metallindustrieller hiervon Kenntnis zu geben mit der Maßgabe, daß, wenn weitere Verhandlungen bis spätestens Freitag, den 25. Juli, eintrifft, ein zufrieden-